

Umwelt

Streit über Kerosinregen: Bringen mehr Messstellen über Eifel und Hunsrück auch mehr Klarheit?

7. Juli 2022 um 14:24 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten



Foto: dpa/Federico Gambarini

Mainz. Fast alle zwei Wochen lässt ein Flugzeug irgendwo über Deutschland tonnenweise Kerosin ab. Rheinland-Pfalz ist überdurchschnittlich oft betroffen. Das ärgert Bürger und Politiker. Aber können sie an der Situation auch etwas ändern?

Von Rolf Seydewitz

Gibt es in Rheinland-Pfalz genügend Messstationen, um eine mögliche Gefahr von abgelassenem Flugbenzin festzustellen? Und sollte für das sogenannte Fuedumping nicht vielleicht eine Art Strafgebühr eingeführt werden, um aus den Erlösen zusätzliche Messstellen und Umweltschutzmaßnahmen zu finanzieren? Geht es nach den rheinland-pfälzischen Freien Wählern, ist beim Treibstoffablass von Flugzeugen weiter dringender Handlungsbedarf.

Nicht zum ersten Mal hat Freien-Fraktionschef Joachim Streit das Thema am Donnerstag im Mainzer Landtag zur Sprache gebracht. Allein in diesem Jahr, so rechnete Streit vor, habe es schon wieder 13 Fälle von Kerosinablass gegeben, davon allein fünf über rheinland-pfälzischem Gebiet. Diese Zahlen belegten klar, dass unser Bundesland überproportional von Treibstoffablässen betroffen sei, kritisierte Streit im Parlament.

Das Thema Fuedumping beschäftigt die Politik seit Jahren. Zivile und militärische Flugzeuge lassen Flugbenzin ab, um bei einer vorzeitigen Landung wegen eines technischen oder medizinischen Notfalls das Gewicht der Maschine zu verringern. Laut Umweltbundesamt sind die Risiken für Boden und Grundwasser geringfügig beziehungsweise vernachlässigbar.

Inwieweit der Treibstoffablass immer nötig ist, ist umstritten. „Landen mit Übergewicht geht“, sagte in der Debatte der AfD-Parlamentarier Ralf Schönborn. Allerdings würde dies häufig vermieden, weil die Flugzeuge anschließend eine Sonderinspektion durchlaufen müssten. Die CDU-Fraktion schloss sich dem Antrag der Freien Wähler an und forderte zusätzlich bei jedem Kerosinablass eine amtliche Untersuchung, inwiefern möglicherweise Wartungsfehler, Konstruktionsmängel oder der Einbau nicht originaler Ersatzteile die vorzeitige Landung verursacht habe. Das erhöhe die Transparenz und werde die Zahl der Kerosinablässe verringern, ist sich der CDU-Parlamentarier Marcus Klein sicher.

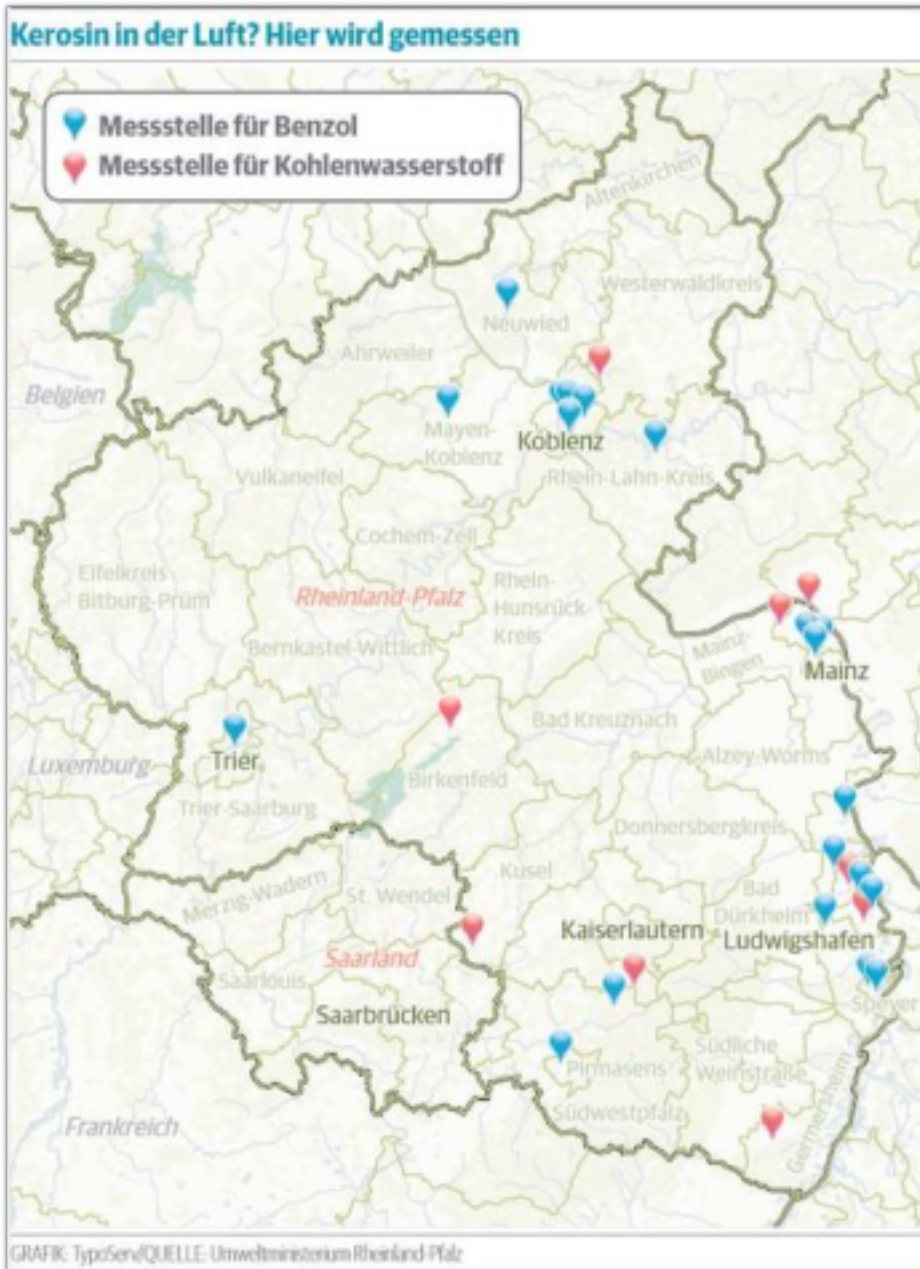


Foto: TV

Fueldumping ist eher die Ausnahme

Dabei ist die Zahl der Fuedumpings – gemessen an der Gesamtanzahl an Flügen über Deutschland – ohnehin gering. Nach Angaben des grünen Landtagsabgeordneten Andreas Hartenfels gibt es bei rund drei Millionen Flugbewegungen jährlich gerade einmal 20 bis 30 Kerosinablässe. Laut Hartenfels sind einige der Freien-Forderungen ohnehin deckungsgleich mit den Koalitionsvereinbarungen der Ampel. Danach sollen für den Treibstoffablass auch andere Gebiete als überwiegend rheinland-pfälzische ausgesucht werden. Zudem sollen die Flugzeuge höher als bislang vorgeschrieben fliegen, wenn sie Kerosin ablassen.

LESEN SIE AUCH



Fünfter Fall in sechs Wochen

Notfall an Bord: Passagiermaschine lässt 15 Tonnen Kerosin über der Region ab



Fuel Dumping

Heftiger Streit über Folgen des Kerosinregens: In der Eifel gibt es keine Messstellen

Auch SPD-Parlamentarier Nico Steinbach verwies auf die Vereinbarungen zum Thema im Koalitionsvertrag. Der Vulkaneifeler FDP-Abgeordnete Marco Weber warf dem Freien-Fraktionsvorsitzenden Joachim Streit Populismus vor, weil er das Thema immer wieder in den Landtag einbringe, ohne dass sich am Erkenntnisstand etwas verändert habe. In einem Punkt aber blies Weber ins gleiche Horn wie Streit: Auch in der bislang messstationenarmen Eifel müssten zusätzliche Stationen installiert werden.

Dafür bekam Weber gleich von der nächsten Rednerin – seiner Parteifreundin, Verkehrsministerin Daniela Schmitt – eine Abfuhr. Das Messnetz in Rheinland-Pfalz sei ausreichend, meinte Schmitt. Ein Ausbau sei schon allein deshalb nicht erforderlich, weil kein zusätzlicher Erkenntnisgewinn zu erwarten sei. Auch von den von Freien Wählern und CDU geforderten Strafgebühren für Fuedumper hält die liberale Ministerin nichts. Bei technischen oder medizinischen Notfällen an Bord könne man die Fluggesellschaften doch nicht zusätzlich mit Strafgebühren bestrafen, sagte die Ministerin.

Anträge wurden abgelehnt

Am Ende wurden die Anträge von Freien und CDU mit den Stimmen der drei Ampelfraktionen abgelehnt. Die AfD-Abgeordneten enthielten sich. Vom Tisch dürfte das Thema Kerosinablässe damit aber nicht sein. Freien-Fraktionschef Joachim Streit kündigte bereits an, am Ball zu bleiben.